

LTWP-12 12. Gesicherte Freiheit – Handlungsfähiger Rechtsstaat

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.09.2020
Tagesordnungspunkt: 0. Kapitel 12 Freiheit – Recht – Sicherheit

Text

1 Wir GRÜNE sind eine Partei für Menschen- und Bürgerrechte. Das Recht auf freie
2 Entfaltung der Persönlichkeit, die Versammlungsfreiheit oder die
3 Gleichberechtigung von Mann und Frau sind für uns hohe Güter und Maßstab unserer
4 Politik. Öffentliche Sicherheit trägt dazu bei, dass wir diese Rechte
5 durchsetzen können und sich jede*r frei entfalten kann. Ohne Sorge vor
6 Kriminalität, Anfeindung oder Gewalt zu sein, ist ein großes Stück Freiheit.
7 Deshalb wollen wir einen modernen, handlungsfähigen und zugleich freiheitlichen
8 Rechtsstaat. Dazu gehört Vertrauen in die staatlichen Institutionen.

9 Wir wollen, dass alle Menschen gleich vom Staat behandelt werden, unabhängig von
10 ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrer sexuellen Orientierung, ihres
11 Geschlechts, ihrer Religion oder ihrem Bildungsgrad. Um dies zu erreichen,
12 wollen wir die sicherheitspolitischen Strukturen in Rheinland-Pfalz und die
13 Rechte der Menschen gegenüber dem Staat stärken. Dazu zählt für uns auch eine
14 bürgernahe Polizei. Mit der Online-Wache der Polizei haben wir bereits einen
15 einfach zugänglichen Service auf den Weg gebracht, der es ermöglicht, digital
16 Strafanzeige von zuhause aus zu erstatten statt auf einer Polizeidienststelle.
17 Vertrauen kann nur gestärkt werden, wenn auch Transparenz gegeben ist. Daher
18 haben wir den Verfassungsschutz umfassend reformiert, seine Aufgaben transparent
19 und effizient geregelt sowie die Kontrolle durch das Parlament massiv
20 ausgeweitet.

21 Wir wollen das Vertrauen in die Öffentliche Sicherheit auch durch eine
22 faktenbasierte Innenpolitik steigern, zum Beispiel mit Hilfe eines periodischen
23 Sicherheitsberichts. Denn alle Maßnahmen müssen sich an wissenschaftlichen
24 Erkenntnissen orientieren und für die Bürger*innen durch relevante Informationen
25 auch nachvollziehbar sein.

26 Polizei: Bürgernah, transparent und gut ausgestattet

27 Ein elementarer Bestandteil der Sicherheitsstruktur in unserem Land ist die
28 Polizei. Sie steht vor komplexen Herausforderungen. Daher wollen wir das
29 Polizeipersonal nachhaltig aufstocken. Polizist*innen brauchen Entlastung,
30 Tarifangestellte Perspektiven. Mehr Arbeit muss auf mehr Schultern verteilt
31 werden. Deswegen fordern wir eine Mindeststärke an Polizeibeamt*innen für
32 Rheinland-Pfalz. Dafür ist eine wissenschaftlich fundierte langfristige
33 Gesamtpersonalplanung nötig. Handlungsbedarf sehen wir sowohl bei der
34 Einsatzverpflegung als auch bei der technischen Ausstattung. Auch braucht die
35 Polizei genügend personelle Ressourcen. Nicht selten ist der Erfolg der
36 Polizeiarbeit abhängig von der Häufigkeit und Intensität der Kontrollen.

37 Wir GRÜNE setzen auf eine nahbare Bürgerpolizei. Dafür wollen wir das
38 Stellenprofil der Bezirksbeamt*innen ausbauen. Ein guter Draht zur Bevölkerung
39 und vernetzte Akteur*innen im Sicherheitsbereich sind Voraussetzungen für eine
40 erfolgreiche Polizeiarbeit. Deswegen wollen wir die Kriminalpräventiven Räte

41 stärken, in denen Vertreter*innen der Kommunen, Ehrenamtliche und Polizei
42 zusammenkommen.

43 Soziale Kompetenzen und Transparenz

44 Rheinland-Pfalz ist das erste Bundesland mit einer demokratisch gewählten
45 unabhängigen Beauftragten für die Landespolizei. Bürger*innen und
46 Polizist*innen können sich an sie wenden, wenn sie Kritik oder Anregungen
47 loswerden wollen. Damit haben wir Transparenz und eine offene Fehlerkultur
48 institutionalisiert. Für ein gutes Miteinander soll der*die Beauftragte für die
49 Landespolizei noch stärker als Mediator*in wirken. Insbesondere, wenn kritische
50 Demonstrationen bevorstehen, brauchen wir proaktives Handeln, das der*die
51 Landesbeauftragte* leisten könnte. In diesem Zusammenhang wollen wir GRÜNE
52 prüfen, ob Rheinland-Pfalz ein eigenes Versammlungsgesetz braucht.

53 Die Polizei muss gut ausgebildet und motiviert sein. Bei der Aus- und
54 Fortbildung muss der Fokus auf interkulturellen Kompetenzen und Diversität
55 liegen, ebenso auf Demokratiebildung, um rechten Tendenzen bei den
56 Sicherheitsbehörden vorzubeugen. Die Kommission Innere Führung beschäftigt sich
57 mit den internen Abläufen und der Führungsverantwortung in der Polizei. Damit
58 sie handlungssicher in allen Situationen ist, wollen wir das Thema
59 Deeskalationsstrategien stärker verankern.

60 Polizei als gute Arbeitgeberin

61 Die Frauenförderung in der Polizei hat für uns besondere Priorität. Wir brauchen
62 mehr wissenschaftliche Forschung zum Aufstieg beziehungsweise Nicht-Aufstieg von
63 Frauen bei der Polizei. Auf Basis dieser Fakten wollen wir die Förderung von
64 Frauen verstärken. Dabei soll Führen in Teilzeit keine Ausnahme mehr sein,
65 sondern gelebte Realität.

66 Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Polizeiberuf deutlich stärken. Die
67 Polizeiarbeit zeichnet sich durch lange Arbeitszeiten, unvorhersehbare Einsätze,
68 die Arbeit im Wechselschichtdienst und langen Fahrtstrecken in der Aus- und
69 Fortbildung aus. Wir streben den mobilen Arbeitsplatz an, damit die Sacharbeit
70 nach einem Polizeieinsatz auch von zu Hause erledigt werden kann. Ebenso
71 unterstützen wir flexible Modelle der Kinderbetreuung für Dienststellen.

72 Wir GRÜNE kümmern uns auch um die psychische und physische Gesundheit der
73 Polizei. Dies tun wir nicht nur, um die staatliche Fürsorgepflicht zu erfüllen,
74 sondern auch, damit in hitzigen Situationen ein kühler Kopf bewahrt werden kann.
75 Zudem bringt der Polizeiberuf viel Vergeblichkeitserfahrung mit sich. Damit und
76 anderen schlimmen Erlebnissen wollen wir Polizist*innen nicht allein lassen und
77 bauen deshalb auf eine proaktive Supervision. Es muss in regelmäßigen Abständen
78 Gespräche geben. Auch die – wegen des Projekts Gesünder arbeiten in der Polizei
79 (GAP) – geänderten Wechselschichtdienstmodelle wollen wir optimieren.

80 Kriminalität wissenschaftlich bei der Wurzel packen

81 Wir GRÜNE stehen für eine faktenbasierte Sicherheitspolitik. Durch gesicherte
82 Informationen zur Kriminalität wollen wir Falschbehauptungen und rechten Parolen
83 den Nährboden entziehen. Ein gesetzlich verankerter Periodischer
84 Sicherheitsbericht könnte konkrete Hinweise geben, wo genau wir hinschauen und
85 anpacken müssen. Die Polizeiliche Kriminalstatistik bildet durch ihre
86 Beschränkung auf das Anzeigeverhalten immer nur einen Trend ab, ein periodischer

87 Sicherheitsbericht könnte die Kriminalitätslage umfassender darstellen. Verortet
88 werden könnte er bei der Hochschule der Polizei, dadurch würde diese auch als
89 Wissenschaftsstandort gestärkt.

90 Bürgerrechte und Prävention

91 Die Polizei in Rheinland-Pfalz soll handlungsfähig bleiben. Dafür braucht sie
92 effektive Befugnisse. Wir GRÜNE achten stets auf Bürgerrechte und
93 Verhältnismäßigkeit bei den Eingriffsbefugnissen der Polizei. Die
94 Onlinedurchsuchung wird kaum genutzt, weil die rechtlichen Voraussetzungen nicht
95 einhaltbar sind. Wir wollen diese Regelung daher streichen. Rechtlich kritisch
96 sehen wir auch die Vorratsdatenspeicherung und den Einsatz der Bodycam in
97 Wohnungen, weil damit ein massiver Eingriff in die Unverletzlichkeit der Wohnung
98 verbunden ist. Zudem positionieren wir uns gegen die biometrische
99 Gesichtserkennung und die massive Ausweitung der Videoüberwachung.

100 Gewalt lehnen wir entschieden ab. Wir halten an unserem Grundsatz fest:
101 Prävention ist besser als Repression. Deswegen unterstützen wir präventive
102 Täterarbeit, Gewaltpräventionsprogramme, das Erlernen gewaltfreier Kommunikation
103 und die Arbeit der Leitstellen Kriminalprävention. Zudem soll ein bewusster
104 Umgang mit Opfern bei der Aufarbeitung helfen. Dabei haben wir insbesondere die
105 Opfer von Gewalt in engen sozialen Beziehungen und sexualisierter Gewalt im
106 Auge. Das rheinland-pfälzische Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen
107 sozialen Beziehungen (RIGG) sowie das High Risk Management bei Fällen von
108 häuslicher Gewalt bringen alle Verantwortlichen an einen Tisch. Polizei,
109 Gerichte, Jugendämter, Frauenhäuser und Täterarbeitseinrichtungen kooperieren
110 eng miteinander, um häusliche Gewalt frühzeitig zu erkennen, rechtzeitig zu
111 verhindern und Opfern zu helfen. Die bestehenden Angebote wollen wir um eine
112 Anlaufstelle für von Gewalt in engen sozialen Beziehungen betroffene Männer
113 ergänzen.

114 Ein effektiver polizeilicher Informationsaustausch mit Kolleg*innen aus anderen
115 Bundesländern ist genauso wichtig wie ein internationaler Austausch zwischen
116 Strafverfolgungsbehörden. Wir GRÜNE unterstützen die Schaffung notwendiger
117 Strukturen und setzen dabei auf Datensparsamkeit und Transparenz. Datenabfragen
118 müssen verfolgbar sein, um Missbrauch zu verhindern. Datenschutz ist kein Stein,
119 der in den Weg einer erfolgreichen Gefahrenabwehr gelegt wird, sondern eine
120 grundrechtssichernde Voraussetzung, die eine Gefahrenabwehr erst ermöglicht. Die
121 Aufbereitung, Auswertung und Analyse von Daten aus polizeilichen Systemen kann
122 den Polizist*innen wichtige und notwendige Erkenntnisse liefern, um auf
123 zielgerichtete Maßnahmen und genaue Lagebeurteilungen vorzunehmen. Wie in allen
124 polizeilichen Bereichen müssen auch hier die Prinzipien der Verhältnismäßigkeit
125 und Transparenz gelten. Grundlegende Bürger*innenrechte und der Schutz der
126 Privatsphäre müssen gewahrt werden und dürfen nicht leichtfertig eingeschränkt
127 werden. Unter dem Aspekt der digitalen Souveränität sollen Sicherheitsbehörden
128 Analysesoftware zukünftig selbst mitentwickeln und mit europäischen Anbietern
129 zusammenarbeiten.

130 Sportliche Großveranstaltungen müssen sicher sein. Das ist für uns GRÜNE klar.
131 Dafür muss die bisherige Praxis der Datenerhebung „Szenekundiger Polizeibeamter“
132 (SKB-Dateien) auf den Prüfstand, um mehr Transparenz, Datenschutz und
133 Wirksamkeit zu erreichen. Betroffene der Datenspeicherung sollen bei einer
134 Eintragung benachrichtigt werden, damit sie Rechtsschutz geltend machen können.

135 Eine Benachrichtigungspflicht entfaltet gleichzeitig präventive Wirkung für mehr
136 Sicherheit im Stadion. Die Datei „Gewalttäter-Sport“ ist hingegen unpräzise. Wir
137 wollen diese unnütze Verbunddatei abschaffen.

138 Für die Abwehr von Gefahren ist auch der Kommunale Vollzugsdienst zuständig. Wir
139 wollen die Ausbildung reformieren, denn zurzeit umfasst sie lediglich zehn
140 Wochen. Eine nachhaltigere Wissensvermittlung kann einen besseren Schutz für die
141 öffentliche Sicherheit in den Kommunen garantieren. Gleichzeitig sollen der
142 Kommunale Vollzugsdienst und die Polizei weiter eigenständige, unterscheidbare
143 Instanzen bleiben. Eine Aufrüstung des Kommunalen Vollzugsdienstes mit Distanz-
144 Elektroimpulsgeräten lehnen wir ab.

145 Verfassung schützen

146 Feinden unserer demokratischen Grundordnung sagen wir weiter den Kampf an. Dazu
147 gehört eine intensive Präventionsarbeit, beispielsweise gegen islamistischen und
148 rechten Terror. Die Sicherheitsbehörden in unserem Land müssen eng mit Bund und
149 Ländern zusammenarbeiten. Wir wollen die bestehenden Präventionsangebote gegen
150 Demokratiefeindlichkeit erhalten, dazu gehören Programme zur Deradikalisierung
151 junger Menschen, Beratung von Angehörigen, Bildungseinrichtungen und
152 Ausstiegshilfen. Es darf erst gar nicht zu einer Radikalisierung kommen.

153 Der Verfassungsschutz ist ebenfalls Teil der Sicherheitsstruktur in Rheinland-
154 Pfalz. Als Frühwarnsystem dient er dem Schutz unserer Werte wie Freiheit,
155 Gleichheit, Vielfalt und Toleranz. Wir haben den Landesverfassungsschutz
156 umfassend reformiert und die parlamentarische Kontrolle massiv ausgeweitet. Die
157 Befugnisse des Verfassungsschutzes haben wir transparent geregelt und angepasst.
158 Wir werden die Umsetzung des neuen Landesverfassungsschutzgesetzes kritisch
159 begleiten.

160 Justiz zeitgemäß weiterentwickeln

161 Eine wesentliche Säule unseres freiheitlichen Rechtsstaats ist die Justiz. An
162 den Gerichten haben wir neue Stellen geschaffen und die eAkte eingeführt. Mehr
163 Rechtspfleger*innen und Justizwachtmeister*innen sollen die Funktionsfähigkeit
164 der Gerichte und die Sicherheit in den Gerichtsgebäuden gewährleisten. Neue
165 Kriminalitätsbereiche erfordern eine angemessene Zahl an Richter*innen,
166 Staatsanwält*innen und Rechtspfleger*innen. Bei der Aus- und Fortbildung wollen
167 wir unserer Justiz immer wieder aktualisierte Erkenntnisse über eine effektive
168 Strafverfolgung und Ahndung vermitteln. Bereiche wie Cybercrime erfordern ein
169 ständiges Update der vorhandenen Kenntnisse.

170 Für einen humanen Strafvollzug

171 Wir GRÜNE stehen für einen humanen und auf Resozialisierung ausgelegten
172 Strafvollzug, in dem Menschen befähigt werden, ein straffreies Leben in sozialer
173 Verantwortung zu leben. Durch eine frühzeitige Unterbringung im offenen Vollzug
174 können soziale Beziehungen und der Arbeitsplatz erhalten bleiben. Damit das
175 gelingt, wollen wir GRÜNE die Kapazitäten im offenen Vollzug ausbauen. Ein
176 besonderes Augenmerk legen wir auf das Übergangsmanagement. Nach abgesessener
177 Strafe soll der Start in die Freiheit möglichst reibungslos verlaufen, um
178 Rückfälle zu vermeiden. Durch engmaschige Betreuungsangebote vor, nach und
179 während der Haftzeit kann der Übergang verbessert werden. Den Justizvollzug
180 wollen wir durch mehr Personal entlasten und Ersatzfreiheitsstrafen vermeiden.
181 Im Bereich der Jugendkriminalität verfolgen wir einen pädagogischen Ansatz. Wir

182 wollen die Häuser des Jugendrechts in den Regionen stärken und ausbauen. Dort
183 sitzen Polizei, Justiz und soziale Träger an einem Tisch, um delinquente
184 Jugendlichen zu unterstützen.

185 Feuerwehr und Hilfsorganisationen stärken

186 Für die Sicherheit in unserem Land sorgt auch die haupt- und ehrenamtliche
187 Feuerwehr. Ihre Angehörigen bilden das Rückgrat des Brand- und
188 Katastrophenschutzes in Rheinland-Pfalz. Weit über die Hälfte der
189 Feuerwehrkräfte sind ehrenamtliche Aktive. Ihr Engagement wollen wir GRÜNE
190 weiterhin fördern, um eine effektive Gefahrenabwehr zu garantieren. Insbesondere
191 wollen wir Nachwuchs gewinnen, damit die Feuerwehr auch in Zukunft gut
192 aufgestellt ist. Neben der Feuerwehr sorgen der hochkompetent aufgestellte
193 Rettungsdienst und die Hilfsorganisationen für die öffentliche Sicherheit in
194 Rheinland-Pfalz. Wir müssen attraktive Rahmenbedingungen für Ehrenamtliche und
195 Nachwuchskräfte bieten. Da sie einen Teil der staatlichen Daseinsfürsorge
196 leisten, können sie auf eine Unterstützung durch uns GRÜNE zählen.